

Das wahre Gesicht der Wachstumsförderer

Soeben wurden die definitiven Zahlen publiziert. Die Schweizer Bevölkerung ist im Jahr 2011 um ca. 84'500 Personen gewachsen, was einer Zunahme von 1,1 % entspricht. Betrachtet man die Tatsache, dass 45,7 % der Menschen in Gemeinden mit über 10'000 Einwohner leben, so sollte dies ein klares Zeichen für dringend notwendige gesetzliche Regulierungen sein. **Ein sich frei entfaltender Bodenmarkt lässt seit Jahren die Mietzinsen steigen und kreiert Scheinlösungen wie das verdichtete Bauen, was wiederum unerträglichen Dichtestress erzeugt. Zugleich findet insbesondere in den Metropolitanregionen ein heftiger Wettbewerb um neue Industrie-, Gewerbe- und Wohnzonen statt.** Als Gegeninstrument wurde unter anderem die Landschaftsinitiative lanciert. Mithilfe dieses Begehrens fanden in jüngster Zeit viele gewinnbringende Diskussionen statt, sodass sich auch Vertreter verschiedener Baulobbys und einzelne bürgerliche Parteien zu Massnahmen verpflichten liessen. Der bedingte Rückzug dieser Initiative ist äusserst bedauerlich und wird von den Schweizer Demokraten (SD) hart kritisiert.

Ein befristeter Baustopp von 20 Jahren ist die einzige wirklich verbindliche Massnahme, die ein Umdenken auf qualitative Entwicklung herbeiführen kann.

Nun hat man im gegenseitigen Kompromiss auf dieses Moratorium verzichtet und dafür eine Mehrwertabgabe bei Einzonungen von 20 % des entstehenden Mehrwerts für die öffentliche Hand beschlossen, womit diese Auszonungen finanzieren kann. Zudem müssen überdimensionierte Bauzonen verkleinert werden, wobei wiederum mehr Kulturland entsteht. Dieser monetäre Ansatz ist, obwohl kein valabler Ersatz für das ursprüngliche Anliegen der Initiative, eine akzeptable Lösung. **Allerdings wäre die Vermutung einer totalen Oppositionslosigkeit naiv, zumal gewisse Kreise jegliche Einflussnahme des Staates ablehnen und den Willen zum Erhalt der Grünflächen sowie zur Bekämpfung der Übervölkerung lediglich aus marketingtechnischen Gründen vortäuschen.** Deshalb ist es wenig erstaunlich, wenn die SVP mit der FDP und diversen kantonalen Gewerbeverbänden das Referendum gegen eine solche Minirevision ergreifen. Gemäss entsprechenden Traditionen werden Argumente wie der Schutz föderalistischer Autonomie und der Widerstand gegen mehr Bürokratie und Steuern jeder Art (das „Feindbild Staat“ als politische Grundhaltung) erwähnt. Die Definition des Zieles ist bestechend klar: Der Status quo muss verteidigt werden. Der Förderung von quantitativem Wirtschaftswachstum und somit auch der Schaffung von neuem Bauland darf offenbar nichts im Weg stehen. Die dadurch generierte massive Einwanderung aus den EU-Staaten wird in Kauf genommen. Die Schweizer Demokraten (SD) sprechen sich mit grösster Vehemenz dafür aus, dass wenigstens dieser indirekte Gegenvorschlag zur Landschaftsinitiative in Kraft tritt, was bei Ablauf der Referendumsfrist wohl geschehen wird. Ansonsten wäre der bevorzugte Initiativtext in Reinform auch noch nicht vom Tisch.

Es braucht eine drastische Begrenzung der Bautätigkeit. Boykottieren wir dieses schädliche Referendum gegen das Raumplanungsgesetz (RPG).

Adrian Pulver, Stadtratskandidat, Zentralsekretär, Bern